

Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum Drs. 18/23207

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Dipl.-Verw.Wirt (FH) Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Sicher, sozial und stark durch die Krise

Drs. 18/23207

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der Bundesfinanzminister mit Schuldenakrobatik einen Haushalt vorgelegt hat, der Beträge im hohen Milliardenbereich an der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse vorbeischiebt. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine solide Finanzpolitik einzusetzen, die die Schuldenbremse als Garant für Generationengerechtigkeit respektiert.

Die Staatsregierung wird außerdem aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, die Preisexplosion zu stoppen und die Teuerung wirksam zu bekämpfen. Das entlastet die Menschen in Deutschland, damit sie sicher, sozial und stark durch die Krise kommen. Dazu gehören unter anderem Steuersenkungen für Energieprodukte, eine Ausweitung des Energiegelds auf alle Betroffenen, die Streichung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel und ihre Reduzierung auf regionale Produkte sowie der Ausgleich der kalten Progression und eine Reform der Unternehmensteuer für mehr Wachstum. Zudem muss eine erhöhte Entfernungspauschale bereits ab dem 1. Entfernungskilometer gelten und dynamisch an steigende Spritpreise gekoppelt sein.

Begründung:

In ganz Deutschland stellen explodierende Preise private Haushalte und unsere Wirtschaft vor enorme Herausforderungen. Die Bundesregierung muss jetzt handeln, damit Deutschland sicher, sozial und stark durch die Krise kommt.

Konkret fordern wir Steuersenkungen für Energie. Eine sofortige Senkung der Stromsteuer für private Haushalte und die Wirtschaft auf das europäische Mindestmaß von 0,1 Cent pro kWh für Privathaushalte bzw. 0,05 Cent pro kWh bei betrieblicher Nutzung sowie eine spürbare Senkung der Energiesteuersätze auf Heizöl und Erdgas würden den Menschen und Unternehmen eine spürbare Entlastung bringen. Zudem soll befristet auf Erdgas, Elektrizität und Fernwärme der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 Prozent gelten.

Die Ampel-Regierung schließt diejenigen vom Energiegeld aus, die am härtesten betroffen sind. Es braucht umgehend Nachbesserungen, damit auch Rentner, Studenten, pflegende Angehörige und Bezieher von Kranken- und Elterngeld bei den Energiepreisen entlastet werden.

Bis die Inflationsquote wieder ein Normalniveau erreicht hat, ist die Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel auszusetzen und auf regionale Produkte zu reduzieren.

Lohnerhöhungen dürfen nicht durch höhere Sätze bei der Einkommensteuer aufgeessen werden. Dafür braucht es einen Ausgleich der kalten Progression und eine weitere Erhöhung der Grundfreibeträge bei der Einkommensteuer.

Insbesondere Bürger mit langen Arbeitswegen im ländlichen Raum sind bereits ab dem 1. Entfernungskilometer von den hohen Benzin- und Dieselpreisen betroffen. Deshalb soll die Anhebung der Entfernungspauschale auf 38 Cent nicht erst ab dem 21. Entfernungskilometer gelten, sondern direkt ab dem ersten Kilometer. Darüber hinaus braucht es eine dynamische Anpassung für weiter steigende Spritpreise.